

Allgemeine Mandatsbedingungen von
KONLUS Koehler Neumann Luxem Heuel & Partner
Wirtschaftsprüfer - Rechtsanwälte - Steuerberater
(Stand: Oktober 2010)

1. Geltungsbereich

- (1) Die Mandatsbedingungen gelten für alle Verträge zwischen der Partnerschaft und dem jeweiligen Auftraggeber, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist. Mandate werden der Partnerschaft erteilt, nicht einzelnen Partnern und/oder für die Partnerschaft tätigen Personen. Soweit auf Grund einer Vereinbarung ein Vertragsverhältnis mit einzelnen oder mehreren Partnern zustande kommt, gelten diese Mandatsbedingungen im Verhältnis zu den betroffenen Partnern.
- (2) Diese Mandatsbedingungen gelten für alle gegenwärtigen und in Zukunft erteilten Mandate. Sie entbinden nicht von der Einhaltung des jeweils gültigen Landesrechtes.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass der Partnerschaft ohne besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Mandats notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihr von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit der Partnerschaft bekannt werden. Verstößt der Auftraggeber gegen diese Verpflichtung, so kann er sich auf eine fehlende Kenntnis der das Mandat bearbeitenden Partner oder Mitarbeiter der Partnerschaft nicht berufen.
- (2) Bei mehreren Auftraggebern oder bei mehreren Ansprechpartnern eines Auftraggebers in einer Angelegenheit darf sich die Partnerschaft auf die Informationen und Weisungen eines jeden von mehreren Auftraggebern bzw. Ansprechpartnern stützen, soweit dem nicht schriftlich widersprochen wird. Wird widersprochen, so kann die Partnerschaft das Mandat sofort beenden.
- (3) Auf Verlangen der Partnerschaft hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer von der Partnerschaft formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

3. Berichterstattung und mündliche Auskunft

Die Partnerschaft wird die Ergebnisse ihrer Tätigkeit in der Regel schriftlich mitteilen. Eine Haftung der Partnerschaft für mündliche, telefonische und via Email erteilte Auskünfte wird ausgeschlossen.

4. Weitergabe einer beruflichen Äußerung der Partnerschaft

- (1) Der Auftraggeber verpflichtet sich, schriftliche Arbeitsergebnisse der Partnerschaft, insbesondere Gutachten, Stellungnahmen und Berechnungen, vertraulich nur für seine eigenen Zwecke zu verwenden.
- (2) Die Weitergabe schriftlicher Arbeitsergebnisse der Partnerschaft an Dritte bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Partnerschaft, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt. Der Auftraggeber verpflichtet sich, diese Verpflichtung auch

seinen Mitarbeitern aufzuerlegen. Der Auftraggeber darf ihm übersandte Unterlagen auch ohne vorherige Zustimmung der Partnerschaft einem zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Sachverständigen zugänglich machen, der in gleicher Angelegenheit berät, sofern der Auftraggeber diesen vor Überlassung zur vertraulichen Behandlung der ihm überlassenen Unterlagen verpflichtet hat.

5. Haftung

(1) *Haftung bei Fahrlässigkeit, einzelner Schadensfall*

Die Haftung der Partnerschaft für Schadensersatzansprüche jeder Art - mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit - ist bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall auf € 1.000.000,00 (in Worten: Euro eine Million) beschränkt. Für die Tätigkeit von Rechtsanwälten gilt die Haftungsbeschränkung jedoch nur für Fälle einfacher Fahrlässigkeit. Die Haftungsbeschränkung gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall liegt auch vor, wenn ein einheitlicher Schaden aufgrund mehrerer Pflichtverletzungen entstanden ist. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Die Gesamthaftung der Partnerschaft gegenüber mehreren Auftraggebern und/oder mehreren Anspruchsberechtigten wird auf insgesamt € 2.000.000,00 (in Worten: Euro zwei Millionen) beschränkt. Die Partnerschaft unterhält eine Vermögensschadenhaftpflichtversicherung, deren Versicherungssumme die gesetzliche Mindestsumme um ein Mehrfaches übersteigt.

(2) *Ausschlussfristen*

Sofern der Auftraggeber ein Unternehmer ist, kann ein Schadensersatzanspruch nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr gegenüber der Partnerschaft geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von fünf Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

6. Einzelobjektversicherung

Auf Wunsch des Auftraggebers wird die Partnerschaft, sofern der Auftraggeber sich bereiterklärt, die dadurch entstehenden Mehrkosten zu übernehmen, für das aus dem Auftrag resultierende Scha-

Allgemeine Mandatsbedingungen von
KONLUS Koehler Neumann Luxem Heuel & Partner
Wirtschaftsprüfer - Rechtsanwälte - Steuerberater
(Stand: Oktober 2010)

denstrisiko eine zusätzliche Einzelobjektversicherung abschließen. Der Auftraggeber darf den Abschluss der Objektversicherung in diesem Fall von der vorschüssigen Zurverfügungstellung der anfallenden Versicherungsprämie abhängig machen.

7. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

Die Verpflichtung der Partnerschaft zur Aufbewahrung und Herausgabe von Handakten erlischt - soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen eine längere Aufbewahrungszeit vorsehen - zwei Jahre nach Beendigung des Auftrages. Danach dürfen alle in ihrem Besitz befindlichen Aktenstücke vernichtet werden, wenn zuvor der Auftraggeber aufgefordert wurde, die Handakten in Empfang zu nehmen, und der Auftraggeber die Handakten nicht innerhalb von sechs Monaten nach Erhalt dieser Aufforderung abgeholt hat.

8. E-Mail-Verkehr

- (1) Wenn der Auftraggeber der Partnerschaft eine E-Mail-Adresse mitteilt, willigt er ein, dass die Partnerschaft ihm ohne Einschränkung und trotz der nachstehend aufgeführten Nachteile und Risiken per E-Mail mandatsbezogene Informationen zusendet. Insofern entlässt der Auftraggeber die Partnerschaft aus der Verpflichtung zur Vertraulichkeit und zum sicheren Umgang mit mandanten- und mandatsbezogenen Daten.
- (2) Der Auftraggeber wird hiermit darüber aufgeklärt, dass (1.) der Empfang von E-Mails aus technischen oder betrieblichen Gründen gestört sein kann, (2.) via internet übermittelte Dateien Viren enthalten können und mit oder ohne Zutun Dritter verloren gehen, verändert oder verfälscht werden können, (3.) herkömmliche E-Mails nicht gegen den Zugriff Dritter geschützt sind und deshalb die Vertraulichkeit unter Umständen nicht gewahrt ist, (4.) nicht sichergestellt ist, dass E-Mails tatsächlich von demjenigen stammen, der in ihnen als Absender angegeben ist.
- (3) Die Partnerschaft haftet nicht für Nachteile, die dem Auftraggeber aus den vorgenannten Risiken entstehen. Der Auftraggeber wird hiermit auf die Möglichkeit hingewiesen, die vorgenannten Risiken zumindest teilweise durch eine verschlüsselte E-Mail-Kommunikation auszuschließen. Soweit der Auftraggeber eine verschlüsselte E-Mail-Kommunikation wünscht, bedarf es hierzu der Vereinbarung eines Verschlüsselungscodes mit der Partnerschaft.
- (4) Fristenauslösende Schreiben an die Partnerschaft hat der Auftraggeber schriftlich an die Partnerschaft zu übermitteln. Verstößt der Auftraggeber gegen diese Verpflichtung ist eine Haftung der Sozietät für Fristversäumnisse ausgeschlossen.

9. Datenschutz

Die Partnerschaft ist berechtigt, Daten, die das Auftragsverhältnis betreffen, im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung bzw. -abwicklung zu nutzen und selbst oder durch Erfüllungsgehilfen auf Datenträgern zu speichern und aufzubewahren.

10. Werbeklausel

Werbemaßnahmen mit dem Namen der Partnerschaft oder der Art ihrer vertraglichen Leistungen durch den Auftraggeber bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Zustimmung der Partnerschaft.

11. Vergütung

- (1) Die Vergütung der Partnerschaft wird in einer gesonderten Vergütungsvereinbarung festgelegt.
- (2) Die Partnerschaft ist berechtigt, Geld und Geldeswert für den oder die Auftraggeber in Empfang zu nehmen und hieraus ihre gesamten Vergütungs- und Erstattungsansprüche zu befriedigen.
- (3) Eine Aufrechnung gegen Forderungen der Partnerschaft auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

12. Sonstiges

- (1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches materielles Recht.
- (2) Sofern der Auftraggeber Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist oder keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat, wird für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem Mandatsverhältnis Bergisch Gladbach als ausschließlicher Gerichtsstand vereinbart.
- (3) Sollte eine in diesen Mandatsbedingungen enthaltene Regelung unwirksam sein oder werden, oder sollte sich eine Lücke herausstellen, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Regelungen. Die unwirksame Regelung oder die Lücke gelten als durch diejenige wirksame Regelung ersetzt, die dem am nächsten kommt, was der Auftraggeber und die Partnerschaft vereinbart hätten, wenn sie die Unwirksamkeit oder die Lücke erkannt hätten. Dies gilt insbesondere, wenn eine Regelung deshalb unwirksam ist, weil Sie nach Maß und Grad vom rechtlichen Zulässigen abweicht.